

## DIE ZEIT

### Geldmaschine Braunkohle

**Eigentlich soll der Emissionshandel das Klima schützen. Stattdessen belohnt er die größten Luftverschmutzer und verschafft den Stromkonzernen Profite in Milliardenhöhe, sagen Kritiker. Was ist schiefgelaufen?**

Von Alexandra Endres

Die Idee ist bestechend simpel: Weil das Treibhausgas Kohlendioxid für einen Großteil der von Menschen gemachten Erderwärmung verantwortlich ist, soll zahlen, wer es in die Luft pustet. Dadurch werden die schädlichen Abgase teurer. Ab einem gewissen Preis lohnt es sich für den Verursacher, Geld in neue, sauberere Technologien zu stecken, statt weiterhin für die Verschmutzung der Umwelt zu zahlen.

Handelbare Emissionsrechte, wie sie im vergangenen Jahr von der Europäischen Union eingeführt worden sind, bewirken noch mehr. Durch sie setzt der Staat den Unternehmen eines Landes eine Emissions-Obergrenze. Jede Firma erhält eine gewisse Menge an Verschmutzungsrechten. Alles Übrige regelt der Markt ganz elegant: Je nachdem, was für sie günstiger ist, kaufen die Unternehmen entweder Emissionsrechte hinzu oder investieren in neue, umweltschonende Technologien. So wird der Ausstoß an Kohlendioxid ganz automatisch genau dort gesenkt, wo es am wenigsten kostet.

So weit, so einleuchtend. Leider ist die politische Praxis komplizierter. Für sie ist in Deutschland Bundesumweltminister Sigmar Gabriel verantwortlich, der im Sommer darlegte, wie er den Handel mit den Verschmutzungsrechten in Zukunft zu regeln gedenke. Zusammengefasst hatte er seine Absichten im „Nationalen Allokationsplan II“, der für die Zeit von 2008 und 2012 gilt. Spätestens seither wird der Umweltminister von allen Seiten kritisiert. Er belohne die schmutzigsten Stromerzeuger, statt ihnen die Kosten ihres Verhaltens aufzubürden, und fördere neue Braunkohlekraftwerke; er schenke den Stromkonzernen zusätzliche Profite in Milliardenhöhe, und lasse die Verbraucher die Zeche zahlen, beanstanden die Kritiker. Zu ihnen gehören Ökonomen, Umweltschützer, Oppositions- und auch Regierungspolitiker.

Die Debatte kreist um zwei Probleme. Problem eins: Gabriel verschenkt die Verschmutzungsrechte. Die Energiekonzerne müssen für die Zertifikate keinen Cent zahlen, schlagen aber deren Marktwert auf den Strompreis obendrauf. Dem Verbraucher bleibt kaum eine andere Möglichkeit, als zu zahlen. Den Versorgern bringt diese Praxis jährliche Extraprofite in Milliardenhöhe ein, so genannte *Windfall Profits*.

Den Stromkonzernen darf man ihre Preispolitik nicht vorwerfen. Das klingt zwar zunächst widersinnig, doch die Unternehmen handeln nach einem grundlegenden ökonomischen Kalkül: Die Zertifikate stellen aus Sicht der Unternehmen einen Vermögenswert dar, ganz gleich, ob sie gekauft oder gratis erworben wurden. Dieser Wert geht bei der Stromerzeugung verloren, es entstehen also betriebswirtschaftliche Kosten. Die fließen in die Preiskalkulation ein wie andere Kosten auch. „Höhere Zertifikatspreise führen also ganz zwangsläufig zu höheren Preisforderungen“, sagt Axel Ockenfels, Volkswirt und Leiter des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln.

Nun führen höhere Preisforderungen nicht zwangsläufig zu höheren Preisen. Es sei denn, die Anbieter haben die Macht, sich am Markt durchzusetzen. In einem oligopolistischen Strommarkt wie dem deutschen ist das für sie kein Problem, zumal die Verbraucher nur eingeschränkt auf die steigenden Preise reagieren können. Strom ist nun einmal kaum durch ein anderes Gut zu ersetzen und kann schlecht gelagert werden. Deshalb bleibt nur, zu kaufen, wenn man ihn braucht.

Die Alternative zur kostenlosen Vergabe wäre, die Verschmutzungszertifikate meistbietend zu versteigern. Davon hätten zwar die Stromkunden nichts, zumindest im ersten Schritt. Aber der Staat würde profitieren. Falls er seine Einnahmen nutzte, um die Stromsteuer zu senken, fiel der Strompreis dann doch wieder. Bis zu zehn Prozent der Emissionsrechte dürfte Gabriel nach EU-Recht versteigern. Das ist nicht viel, dennoch ist der Minister dagegen. Seine offizielle Begründung: Es herrsche kein Wettbewerb am Strommarkt. Deshalb könnten die Versorger die zusätzlichen Kosten allzu leicht wieder den Verbrauchern aufbürden.

Problem zwei: Die Behörden verteilen die Zertifikate nach dem so genannten Grandfathering-Prinzip. Das bedeutet: Kraftwerke, welche die Luft besonders stark verschmutzen, erhalten auch für die Zukunft besonders viele Rechte - ganz umsonst. Davon profitiert vor allem die Braunkohle, denn sie erzeugt bei der Stromerzeugung besonders viel CO<sub>2</sub>, rund zweimal so viel wie beispielsweise Erdgas. Wie absurd das ist, zeigt das Beispiel RWE: Der Versorger, der einen Großteil seines Stroms aus Braunkohle erzeugt, ist der größte CO<sub>2</sub>-Emittent der Europäischen Union und wird also mit mehr Emissionsrechten bedacht als jedes andere Unternehmen. Ganz nebenbei beschert das Grandfathering Braunkohleverstromern auch einen höheren Windfall Profit als den saubereren Gaskraftwerken.

Weil alte Kraftwerke ihre jährlichen Emissionen unter dem kommenden Allokationsplan um 15 Prozent senken müssen, neue Kraftwerke aber über 14 Jahre lang vor solchen Forderungen geschützt werden, interpretieren die Kritiker die Regelungen zudem als Anreiz für die Stromversorger, noch schnell vor dem Inkrafttreten des neuen Plans neue Kraftwerke zu bauen. Dagegen ist prinzipiell nichts einzuwenden, denn der deutsche Kraftwerkspark gilt als veraltet, und neue, in der Regel effizientere Anlagen werden dringend gebraucht. Doch Gabriels Gegner bemängeln, dass der Schwerpunkt des Neubauprogramms ebenfalls auf der schmutzigen Braunkohle liege.

Im Bundesumweltministerium verteidigt man sich: Auch Braunkohlekraftwerke müssten ihre Emissionen ab 2008 reduzieren, und zwar anteilmäßig ebenso stark wie andere Kraftwerke auch. Absolut gerechnet, also in Kilogramm CO<sub>2</sub>, sei ihre Verpflichtung demnach deutlich höher als die der Gaskraftwerke. Besonders große Dreckschleudern würden dazu noch bestraft: Ihr Reduktionsziel liege bei 30 Prozent, doppelt so hoch wie das der anderen Anlagen. Neue Braunkohleanlagen hingegen erhielten etwas weniger Zertifikate als benötigt, müssten also hinzukaufen, während neue Gaskraftwerke

„bedarfsgerecht“ versorgt würden, wie es im Ministeriumsjargon heißt. Von einer Bevorzugung der Braunkohle könne also keine Rede sein.

Den Ministerialen gilt die Kritik an der Braunkohle als ideologisch verbohrt. Der Atomausstieg sei beschlossene Sache, Erdgas nur begrenzt vorhanden. Deshalb, so argumentiert ein Sprecher, sei „die Energiewende nicht nur mit erneuerbaren Energien und Gas zu schaffen.“ An fossilen Kraftstoffen komme man eben nicht vorbei.

Tatsächlich, einen unbestreitbaren Vorteil hat die Braunkohle im Vergleich zum Erdgas, selbst wenn dies das grüne Gewissen schmerzt: Sie ist in Deutschland reichlich vorhanden. Erdgas hingegen findet sich vor allem in Russland und dem Iran - zwei Ländern, die ihre Ressourcen bekannterweise gerne auch als diplomatische Waffe nutzen. Beide könnten über künstlich hohe Gaspreise politischen Druck auf andere Länder ausüben, falls dies ihren Interessen dienlich ist, wie die Internationale Energieagentur IEA in ihrem jüngsten *World Energy Outlook* für möglich hält.

Im Extremfall könnte also weltweit die Suche nach sicheren Energiequellen den Klimaschutz untergraben, warnt die IEA. Im Bundesumweltministerium ist man derweil noch optimistisch, beides miteinander zu vereinbaren.

**ZEIT online**

04/2006